

Kinderrechte

"Pour respecter les droits, il faut les connaître", so lautete das Motto unter dem das Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand eine kindgerechte Version der "Convention internationale des droits de l'Enfant" vorstellte. Die internationale Konvention, die 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, hält die Staaten dazu an für die Rechte von Kindern einzutreten und für deren Bekanntgabe zu sorgen. In diesem Sinne befasst sich das Ombuds-Comité, das seit vier Jahren besteht, mit Beschwerden, die mit Zuwiderhandlungen gegen Kinderrechte zu tun haben und macht Empfehlungen, um Missstände zu beheben. Die meisten Fälle haben mit Trennungen und deren Auswirkungen auf die Situation des Kindes zu tun. "Net streiden: Mamm a Papp si wichteg fir d'Kand" - lautet denn auch eine Aktion des Ombuds-Comités, das darauf aufmerksam machen will, dass Kinder ein Recht haben von ihren Eltern geliebt und respektiert zu werden - selbst wenn diese getrennt leben. Es wird so noch einmal darauf hingewiesen, dass auch Kinder vom Richter gehört werden können. Ombudsfrau Marie Anne Rodesch-Hengesch, die in ihrer Arbeit nur von einer Sekretärin unterstützt wird, fordert weitere Mitarbeiter vom Staat: "470 Dossiers haben wir in den letzten vier Jahren bearbeitet. Wir würden gerne mehr machen - aber uns fehlt das Personal."

La sécu archaïque

"Le système de sécurité sociale fait face à une montagne de problèmes encore irrésolus", estimait François Bausch, président du groupe des Verts à la Chambre des députés, lors de la conférence de presse de rentrée parlementaire. Et que le ministre de tutelle, le socialiste Mars Di Bartolomeo, n'aurait encore rien réalisé de bien concret. Ainsi, les Verts ont rappelé qu'il était temps de réformer ce système qui se base toujours sur "le modèle familial du siècle précédent", pour s'orienter vers une individualisation des droits directs. Même son de cloche de la part du Conseil national des femmes du Luxembourg (CNFL) qui a présenté cette semaine ses propositions en la matière. Le CNFL plaide en faveur d'une réforme de l'assurance pension qui "devra nécessairement aller dans le sens d'une individualisation des droits, donc créer des droits directs indépendants de tout lien conjugal". Pour le CNFL, cette mesure devra être contraignante et donc s'insérer dans le Code des assurances sociales et non pas dans le Code civil. Cette dernière mesure a en effet le désavantage de se baser sur la conclusion de conventions lors de divorces qui se concluent souvent "dans une atmosphère hostile" et "préjudiciable à la personne économiquement dépendante".

Tripartite: la facture

Lorsque le CSV et le LSAP gouvernent ensemble, il faut en payer le prix. A cet effet, la Chambre du travail a sorti ses caleulottes: dans son dernier bulletin (AK-Info 1/2006), elle mesure l'impact cumulé sur cinq ménages-types de la désindexation des prestations familiales et du forfait d'éducation, du décalage de l'ajustement des pensions, de la hausse de l'impôt de solidarité, de l'augmentation de la contribution dépendance et de la hausse du salaire social minimum (SSM) sur les revenus disponibles des ménages. On y apprend par exemple qu'un couple marié dont les deux personnes travaillent comme ouvriers en touchant le SSM avec un enfant à charge (ménage-type 3), perd 65,82 euros par mois, 789,80 par an et 2.764,31 sur toute la période de modulation (de juillet 2006 à décembre 2009). Dans une deuxième étape, la chambre rajoute à l'incidence des mesures "tripartites", l'impact sur ces mêmes ménages de l'augmentation de la taxe sur les véhicules automoteurs et de la hausse des accises sur les carburants. En roulant relativement peu en voiture économe, ce couple d'ouvriers verra ses pertes - toujours sur la période de modulation - s'élever à 3604,31 euros. Pendant ce temps, la croissance économique redémarre. Comme le disait Coluche: "Ça doit faire plaisir aux pauvres de savoir qu'ils vivent dans un pays riche."

Ihr Fall hat Schwachstellen im Umgang mit politischen Flüchtlingen deutlich gemacht: Die kurdische Journalistin Zübeyde Ersöz wurde monatelang in verschärfter Einzelhaft gehalten, obwohl frühzeitig Zweifel daran bestanden sie habe sich in der Türkei als Terroristin betätigt.

(Foto: Christian Mosar)

ASYLVERFAHREN

"Wir waren immer Spielball der anderen"

woxx: *Für viele Flüchtlinge ist die Zuerkennung politischen Asyls das Ende eines schmerzhaften Prozesses, der bedeutet, dass man sein Heimatland womöglich nie wieder sieht. Wie sehen Sie Ihre Zukunft? Bislang führten Sie ja ein sehr engagiertes Leben.*

Zübeyde Ersöz: Mein journalistischer Einsatz daheim galt vor allem den kurdischen Frauen, daran wird sich nichts ändern. Ich habe schon angefangen, für verschiedene kurdische Zeitschriften in Europa zu arbeiten. Und ich werde auch Berichte an kurdische Zeitungen in der Türkei liefern. Wenn ich einmal die sprachliche Barriere überwunden habe - zurzeit lerne ich in einem Intensivkurs Französisch - werde ich natürlich auch die hiesige Öffentlichkeit über die Situation in meiner Heimat informieren. Nach meinen Erfahrungen mit dem Asylverfahren hierzulande habe ich ebenfalls das Bedürfnis, etwas für die Situation der politischen Flüchtlinge zu tun.

Wo sehen Sie ihren eigentlichen Arbeitsschwerpunkt, hier, oder eher in ihrer Heimat?

Mein Ziel ist natürlich, eines Tages in den kurdischen Teil der Türkei zurückzukehren. Ich war dort anderthalb Jahrzehnte nicht mehr. Ich bin kurdische Journalistin, daran wird sich nichts ändern. Nur ist klar, dass ich aufgrund der türkischen Fahndung nicht zurück kann. Dank der kurdischen Nachrichtenagenturen in Europa kann ich bis in mein Land hinein wirken. Viele unserer Journalisten leben im Exil, was sie nicht davon abhält, für und über ihr Land zu schreiben. Die gegenseitige Information ist wichtig, das erklärt auch die Vielzahl kurdischer Publikationen in Europa.

Wie schätzen Sie denn den Wissensstand ihrer westeuropäischen Kollegen ein, was die Situation der Kurden in der Türkei betrifft?

Mich hat gewundert, wie wenig über die Unterdrückung der Kurden in der Türkei im Alltag gewusst ist. Unsere Sprache, unsere Kultur, das alles existiert offiziell nicht. Die Türkei stellt sich in Europa als ein Land dar,



das eine demokratische Öffnung betreibt. In Europa wird jeder noch so kleine Fortschritt aufgegriffen und begrüßt, doch man ignoriert, dass die Situation der Kurden sich nicht verbessert. Persönlich war ich natürlich erfreut, wie die Presse in meinem Fall gehandelt hat. Aber es waren eher die Umstände meiner Haft, als der eigentliche Grund meiner Flucht, über die berichtet wurde.

Der Luxemburger Justizminister hat kolportiert, dass Sie zum halben Dutzend der kurdischen Topterroristen gehören. Ist die kurdische Opposition gleichzusetzen mit einer Terrororganisation?

In der Region Kurdistans haben unterschiedliche Völker während Tausenden von Jahren friedlich zusammengelebt. Mit ihrer Idee von einem einzigen Land, einer Sprache und einem Volk hat die türkische Zentralregierung viel Leid und Verzweiflung hervorgerufen. Diese Politik hat bei Einigen zur Entscheidung geführt, sich mit Waffengewalt gegen die Unterdrückung zu wehren. Das war aber nie mein Weg. Das Argument, ich sei eine Topterroristin, hat die Türkei immer wieder angeführt. Es sind in den letzten Jahren immer wieder andere, insgesamt vielleicht 50 oder 60 Leute, zu den sechs Topterroristen gezählt worden. Es geht einfach darum kritische Oppositionelle

auch über die Landesgrenzen hinweg, zu verfolgen.

Gibt es eine Lösung für das kurdische Problem innerhalb der Türkei?

Wir wissen, dass es gefährlich wäre, die kurdischen Gebiete aus den verschiedenen Staaten, in denen die Kurden leben, herauszulösen. Die Grenzen, die von den ehemaligen Kolonialmächten gezeichnet wurden, lassen sich nicht so leicht überwinden. Wir streben eine stärkere politische Beteiligung der Kurden, etwa im türkischen Parlament an. Mit Minderheitenrechten, wie es sie auch in anderen Ländern gibt. Achtung der Menschenrechte und demokratische Partizipation sind eine Voraussetzung für eine friedliche Lösung.

Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang den Beitritt der Türkei in die Europäische Gemeinschaft?

Es ist wichtig zu sehen, unter welchem Vorzeichen die Beitrittsverhandlungen geführt werden. Geht es dabei wirklich um Menschenrechte und Demokratie, oder sind es eher wirtschaftliche Interessen, die ein Zusammengehen der Türkei und Europas bestimmen? Für die Kurden wäre eine Beitritt zur EU dennoch sehr nützlich, denn es gäbe dann höhere Instanzen, die über die Verhalten der Türkei wachen würden. Aber die Türkei muss schon vor

ihrem Beitritt beweisen, dass sie den Schutz und die Mitsprache der kurdischen Minderheit ernst nimmt. Es wäre aber auch ein Fehler, den türkischen Beitritt ein für allemal zu blockieren.

Inwiefern hat das amerikanische Engagement im Irak die Lage für die Kurden verändert? Die Türkei beobachtet ja sehr argwöhnisch, was im kurdischen Teil des Irak, der ja eine weitgehende Autonomie genießt, passiert.

Wir waren immer ein Spielball der anderen. Die aktuelle Grenzziehung wurde 1923 von Europa und den USA im Abkommen von Lausanne festgeschrieben. Damals wurde Kurdistan unter vier unterschiedlichen, meist neu gegründeten Staaten aufgeteilt. Seither sind die Kurden international durch niemanden richtig vertreten. Die Existenz des 40 Millionen-Volks anzuerkennen, wäre ein erster wichtiger Schritt.

War Ihnen bewusst, wie wenig die hiesigen Behörden um die Situation in Ihrer Heimat Bescheid wussten, als Sie in Luxemburg Asyl beantragten?

Mir war vor allem nicht bewusst, dass ich auf einer Fahndungsliste von Interpol stehe, mit rund 150 anderen politisch aktiven Kurden und Kurdinnen. Zwei Personen wurden aufgrund dieser Liste in den Niederlanden verhaftet, eine in Deutschland. Bei allen hat sich herausgestellt, dass der Terrorismus-Verdacht unhaltbar war. Solange die Fahndung nicht aufgehoben wird, solange besteht die Gefahr, während einer Kontrolle an irgend-einer Innengrenze in Europa wieder festgehalten zu werden.

Haben Sie vor, die hiesigen Stellen vor Verantwortung zu stellen? Die Umstände ihrer Haft waren ja menschenverachtend.

Ich hätte mir niemals vorstellen können in einem demokratischen Land wie Luxemburg aufgrund eines falschen Verdachts im Gefängnis zu landen. Die Verantwortlichen haben nachlässig gehandelt, denn die Anschuldigungen der Türkei waren offensichtlich falsch - nur wurde das nie geprüft. Die Europäische Union muss sich jetzt konzentrieren und der Türkei klar machen, dass es unannehmbar ist, mittels Fahndungslisten politisch Verfolgten bis ins Ausland nachzustellen. Trotzdem hatte ich noch Glück im Unglück - ohne die hiesige Presse und die Unterstützung des wegen mir gegründeten Komitees hätte sich die Sache vielleicht nicht so schnell geklärt. Aber dass in meinem Fall doch sehr stark übertrieben wurde, ist auch richtig. Helikoptereinsatz, Hand- und Fußfesseln, Einzelhaft - die Behörden haben der Türkei so blind vertraut, dass man fast automatisch davon ausging, eine Kurdin müsse zwangsläufig terroristisch veranlagt sein. Persönlich bin ich nicht auf Entschädigung aus, aber vielleicht wäre es wichtig, anhand meines Falles zu zeigen, welche Rechte hier verletzt wurden und wie in Zukunft solche Fehler vermieden werden können. Ich wünsche jedenfalls niemandem, das gleiche durchmachen zu müssen wie ich.

Das Gespräch führte Richard Graf

Zur Person

Zübeyde Ersöz ist kurdische Journalistin, die ihre Heimat seit fast 15 Jahren nicht mehr hat besuchen können. Nachdem ihr Bruder und ihre Schwester vermutlich durch den türkischen Geheimdienst umgebracht wurden, arbeitete sie lange Zeit in einem UN-Flüchtlingslager im Irak. Nach einen Hinweis, die türkische Polizei habe sie aufgespürt, setzte sie sich Anfang des Jahres nach Luxemburg ab. Noch während sie ihren Antrag auf Asyl stellte, wurde sie unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen in Scherrasig in Einzelhaft genommen. Außenminister Asselborn hatte in einer ersten Phase den Asylantrag mit Hinweis auf angeblichen terroristischen Hintergrund von Zübeyde Ersöz abgelehnt. Erst nach einem mehrtägigen Hungerstreik und nachdem es zu scharfen öffentlichen Protesten kam wurde der Antrag reaktiviert. Das Auslieferungsbegehren der Türkei wurde später als unbegründet abgelehnt. Vergangene Woche wurde dem Asylantrag stattgegeben.